

Tübingen, den 24. Januar 2012

Schattenwirtschaftsprognose 2012: Weiterer Rückgang erwartet

Durch die günstige Arbeitsmarktentwicklung und das Wirtschaftswachstum wird sich der Umfang der Schattenwirtschaft 2012 weiter reduzieren, allerdings gegenüber 2010 und 2011 mit verminderter Geschwindigkeit. Dies ergeben Modellschätzungen, die der Schattenwirtschaftsexperte Professor Friedrich Schneider (Universität Linz) gemeinsam mit dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen vorgelegt hat.

Die Modellschätzungen sagen für 2012 voraus, dass die Schattenwirtschaft um ca. 1,6 Mrd. € auf knapp 343 Mrd. € zurückgeht (siehe Abbildung 1). Dies ist eine Folge des positiven Wirtschaftswachstums, das nach vorliegenden Prognosen 0,9 % betragen wird, und der positiven Situation auf dem Arbeitsmarkt, für den mit 2,85 Mio. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt gerechnet wird (siehe Tabelle 2). Die Beitragssenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung von 19,9 % auf 19,6 % vermindert zusätzlich den Anreiz, zur Umgehung von Sozialversicherungsbeiträgen in die Schattenwirtschaft auszuweichen. Der Mindestlohn in der Zeitarbeit, der seit dem 1. Januar 2012 gilt, führt nach den Modellergebnissen für sich genommen zu einem Anstieg der Schattenwirtschaft um 300 Mio. €.

Mit dem Rückgang der Schattenwirtschaft setzt sich ein Trend fort, der seit der Wirtschaftskrise 2009 besteht. In den Jahren 2010 und 2011 hatten die günstige Arbeitsmarktentwicklung und das kräftige Wachstum bereits dazu geführt, dass die Schattenwirtschaft um 7,5 Milliarden Euro gesunken ist. Der prognostizierte Rückgang im Jahr 2012 ist im Vergleich weniger stark als in den Vorjahren.

Deutschland liegt mit der Größe der Schattenwirtschaft im OECD-Mittelfeld, während sich Österreich und Schweiz im unteren Drittel befinden (siehe Abbildung 2). Die südeuropäischen Länder haben ein Ausmaß der Schattenwirtschaft zwischen 20 % und 25 % des offiziellen Bruttoinlandsprodukts und sind nach wie vor Spitzenreiter. Danach folgen die skandinavischen Länder mit einer Schattenwirtschaft zwischen 15 % und 16 %. Für das Jahr 2012 wird prognostiziert, dass die Schat-

tenwirtschaft weiter aufgrund der wirtschaftlichen Erholung und eines positiven BIP-Wachstums in den meisten OECD-Ländern zurückgehen wird. Von 2003 bis 2012 konnte Deutschland den Anteil der Schattenwirtschaft etwas stärker vermindern als die OECD-Länder im Durchschnitt (siehe Abbildung 3). Positiv hat dazu die relativ günstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in diesem Zeitraum beigetragen, negativ schlug vor allem die Erhöhung der Umsatzsteuer im Jahr 2007 zu Buche.

Welche konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen könnten getroffen werden, um die Schattenwirtschaft weiter zurückzudrängen? Neben der effektiveren Bekämpfung und Prävention wäre es wichtig, die Anreize zur Ausübung von Schwarzarbeit zu mindern.

- Eine befristete Mehrwertsteuerrückvergütung bei arbeitsintensiven Dienstleistungen im Bau- und Baunebengewerbe würde eine Minderung in der Größenordnung von 9 Mrd. € bis 15 Mrd. € ergeben.
- Eine weitere Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen und Investitionen im Haushalt (Abzug von maximal 2.000 Euro im Jahr von der Steuerschuld für Handwerkerkosten pro Haushalt und Jahr sowie eine vollständige Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten) würde zu einem Rückgang zwischen 4 Mrd. € und 6 Mrd. € führen.

Sinnvoll wäre auch eine Ausweitung der bestehenden Sperre von öffentlichen Auftragsvergaben für Firmen, die schwarzarbeiten lassen, auf bundeseinheitlich 3 bis 5 Jahre. Allerdings lassen sich die Wirkungen dieser Maßnahme nicht in der Modellrechnung abschätzen.

Unter Schattenwirtschaft ist zum einen Schwarzarbeit zu verstehen, also Tätigkeiten, die im Prinzip auch legal ausgeübt werden könnten, die jedoch den öffentlichen Stellen nicht gemeldet werden, damit keine Steuern und Sozialbeiträge gezahlt werden müssen. Hinzu kommt die illegale Beschäftigung (insbesondere illegale Arbeitnehmerüberlassung und illegale Ausländerbeschäftigung). Ferner werden durch den Begriff der Schattenwirtschaft auch kriminelle Aktivitäten wie Hehlerei, Drogenhandel, Betrug, Schmuggel oder Menschenhandel erfasst.

Die Schätzungen des Umfangs der Schattenwirtschaft sind mit einer Kombination des Bargeldansatzes und des DYMIMIC-Verfahrens durchgeführt worden. Der Bargeldansatz basiert auf der Idee, dass die in der Schattenwirtschaft erbrachten Leistungen bar entlohnt werden und dass es mit Hilfe einer Bargeldnachfragefunktion gelingt, diese bar entlohnten Leistungen zu schätzen und das Volumen an Schattenwirtschaft zu berechnen. Der DYMIMIC-Ansatz beruht auf der Idee, dass die Schattenwirtschaft eine nicht direkt beobachtbare Größe ist, die annäherungsweise aufgrund aller quantitativ erfassbaren Ursachen (z.B. Steuerbelastung, Regulierungsdichte) und Indikatoren (Bargeld, offizielle Arbeitszeit, etc.) für Schattenwirtschaftsaktivitäten geschätzt werden kann. Darstellung und kritische Würdigung in: Friedrich SCHNEIDER (2004), *Arbeit im Schatten: Eine Wachstumsmaschine für Deutschland?*, Wiesbaden: Gabler Verlag; Friedrich SCHNEIDER und Dominik ENSTE (2002), *The Shadow Economy: An International Survey*, Cambridge (UK): Cambridge University Press; Bernhard BOOCKMANN, Roland DÖHRN, Max GRONECK, Hans

VERBEEK (2010), Abschätzung des Ausmaßes der Schwarzarbeit, IAW Policy Reports Nr. 4, http://www.iaw.edu/iaw/De:Publikationen:IAW-Reihen:IAW_Policy_Reports .

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Friedrich Schneider
Institut für Volkswirtschaftslehre
Johannes Kepler Universität Linz
A-4040 Linz-Auhof
Tel.: 0043-732-2468-8210
Mobil: 0043-6643085228
Fax: 0043-732-2468-28210
E-mail: friedrich.schneider@jku.at

Prof. Dr. Bernhard Boockmann
IAW Tübingen
Ob dem Himmelreich 1
D - 72074 Tübingen
Tel.: 07071/9896-0
Fax: 07071/9896-99
E-mail: bernhard.boockmann@iaw.edu

Abbildung 1: Verhältnis von Schattenwirtschaft zum offiziellen Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

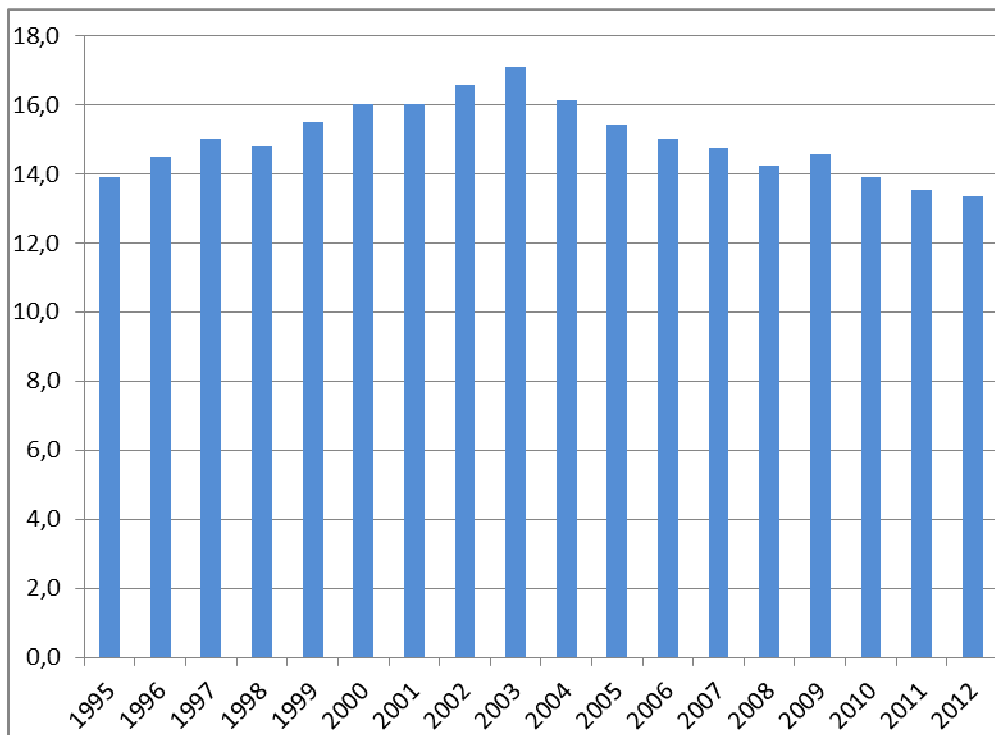


Tabelle 1: Originalwerte zu Abbildung 1

Jahr	Schattenwirtschaft in Mrd. €	Verhältnis Schattenwirtschaft zu offiziellem BIP
1975	30	5,8
1980	80	10,8
1985	102	11,2
1990	148	12,2
1995	241	13,9
1996	258	14,5
1997	275	15,0
1998	281	14,8
1999	302	15,5
2000	322	16,0
2001	330	16,0
2002	350	16,6
2003	370	17,1
2004	356	16,1
2005	346	15,4
2006	346	15,0
2007	349	14,7
2008	347	14,2
2009	352	14,6
2010	348	13,9
2011	344	13,5
2012	343	13,4

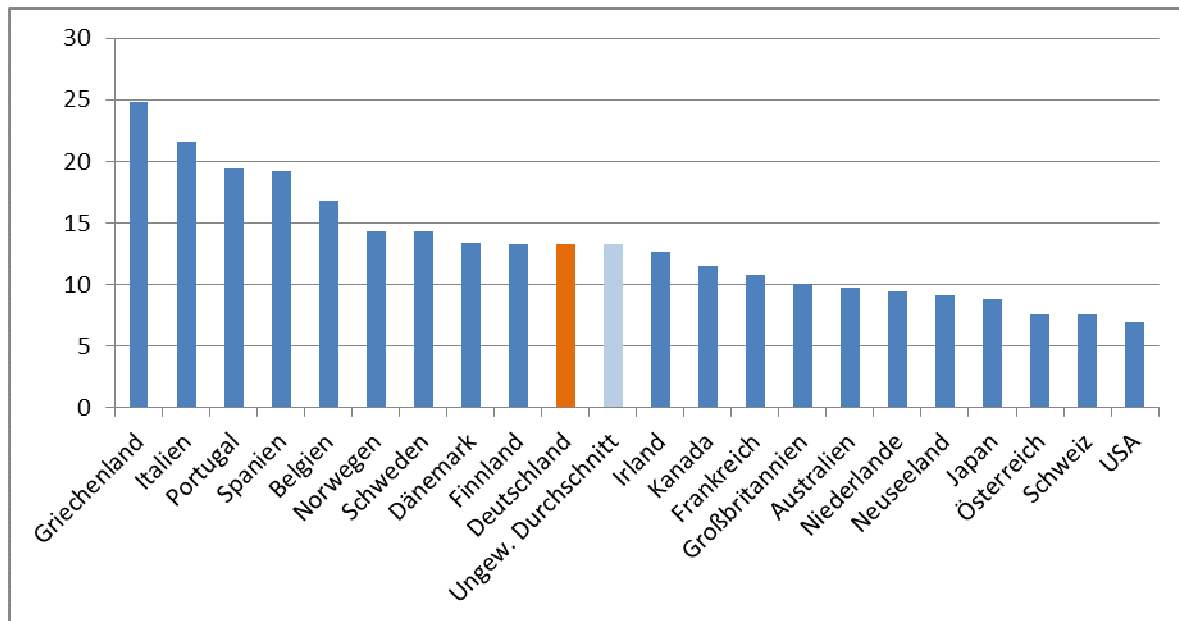
Anmerkung: Von 1995 an Werte für Gesamtdeutschland, ^a Wert auf der Basis von aktuellen Prognosen

Tabelle 2: Auswirkungen der Konjunktur und wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf die Schattenwirtschaft im Jahr 2012

Annahmen/Maßnahmen 2011	Auswirkungen (Zuwachs (+) /Minderung (-)) auf die Schatten- wirtschaft
BIP Wachstum 0,90% Arbeitslosigkeit 2,85 Millionen	-1.300
Senkung der Rentenbeitragssätze	-650
Mindestlohn in der Zeitarbeit für 900.000 Beschäftigte	300
Netto-Effekt für 2012	-1.650

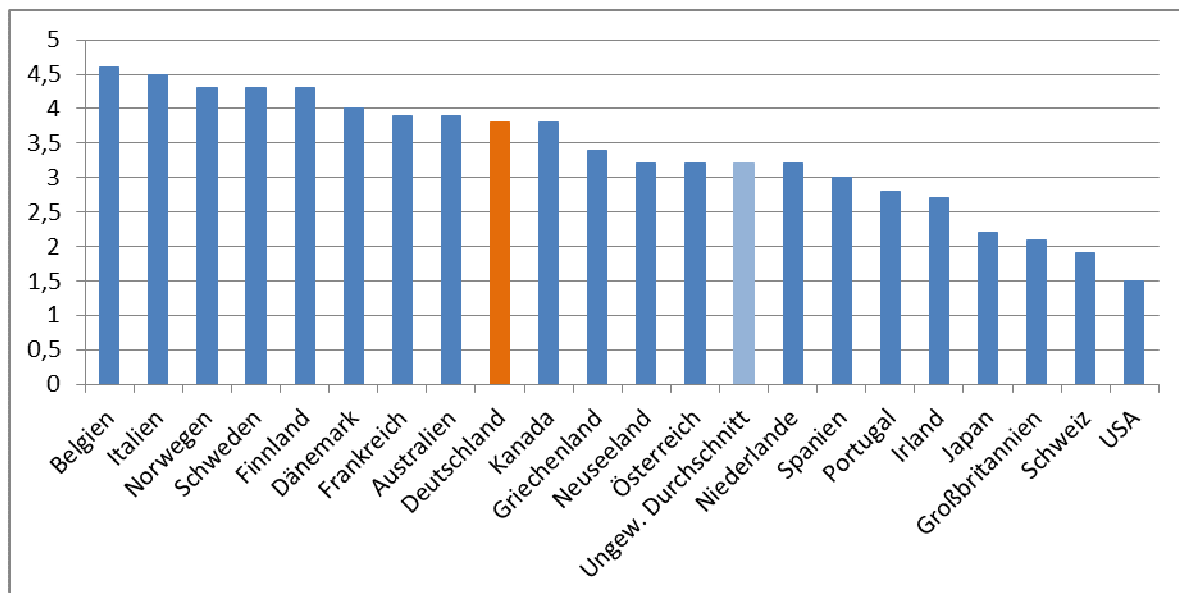
Angaben in Mio. €.

Abbildung 2: Niveau der Schattenwirtschaft in den OECD-Ländern 2012 (im Verhältnis zum BIP)



Angaben ist das Verhältnis der Schattenwirtschaft zum offiziellen BIP.

Abbildung 3: Rückgang der Schattenwirtschaft in den OECD-Ländern 2003 bis 2012



Angaben ist die Änderung im Verhältnis der Schattenwirtschaft zum offiziellen BIP in Prozentpunkten.

Tabelle 3: Originalwerte zu Abbildungen 2 und 3

OECD-Länder	Durchschnitt 1989/90	Durchschnitt 1994/95	Durchschnitt 1997/98	Durchschnitt 1999/00	Durchschnitt 2001/02	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾
1. Australien	10.1	13.5	14.0	14.3	14.1	13.7	13.2	12.6	11.4	11.7	10.6	10.9	10.3	10.1	9.8
2. Belgien	19.3	21.5	22.5	22.2	22.0	21.4	20.7	20.1	19.2	18.3	17.5	17.8	17.4	17.1	16.8
3. Canada	12.8	14.8	16.2	16.0	15.8	15.3	15.1	14.3	13.2	12.6	12.0	12.6	12.2	11.9	11.5
4. Dänemark	10.8	17.8	18.3	18.0	17.9	17.4	17.1	16.5	15.4	14.8	13.9	14.3	14.0	13.8	13.4
5. Deutschland	11.8	13.5	14.9	16.0	16.3	17.1	16.1	15.4	15.0	14.7	14.2	14.6	13.9	13.5	13.4
6. Finnland	13.4	18.2	18.9	18.1	18.0	17.6	17.2	16.6	15.3	14.5	13.8	14.2	14.0	13.7	13.3
7. Frankreich	9.0	14.5	14.9	15.2	15.0	14.7	14.3	13.8	12.4	11.8	11.1	11.6	11.3	11.0	10.8
8. Griechenland	22.6	28.6	29.0	28.7	28.5	28.2	28.1	27.6	26.2	25.1	24.3	25.0	25.4	25.2	24.8
9. Großbritannien	9.6	12.5	13.0	12.7	12.5	12.2	12.3	12.0	11.1	10.6	10.1	10.9	10.7	10.5	10.1
10. Irland	11.0	15.4	16.2	15.9	15.7	15.4	15.2	14.8	13.4	12.7	12.2	13.1	13.0	12.8	12.7
11. Italien	22.8	26.0	27.3	27.1	27.0	26.1	25.2	24.4	23.2	22.3	21.4	22.0	21.8	21.6	21.6
12. Japan	8.8	10.6	11.1	11.2	11.1	11.0	10.7	10.3	9.4	9.0	8.8	9.5	9.2	9.0	8.8
13. Niederlande	11.9	13.7	13.5	13.1	13.0	12.7	12.5	12.0	10.9	10.1	9.6	10.2	10.0	9.8	9.5
14. Neuseeland	9.2	11.3	11.9	12.8	12.6	12.3	12.2	11.7	10.4	9.8	9.4	9.9	9.6	9.3	9.1
15. Norwegen	14.8	18.2	19.6	19.1	19.0	18.6	18.2	17.6	16.1	15.4	14.7	15.3	15.1	14.8	14.3
16. Österreich	6.9	8.6	9.0	9.8	10.6	10.8	11.0	10.3	9.7	9.4	8.1	8.5	8.2	7.9	7.6
17. Portugal	15.9	22.1	23.1	22.7	22.5	22.2	21.7	21.2	20.1	19.2	18.7	19.5	19.2	19.4	19.4
18. Schweden	15.8	19.5	19.9	19.2	19.1	18.6	18.1	17.5	16.2	15.6	14.9	15.4	15.0	14.7	14.3
19. Schweiz	6.7	7.8	8.1	8.6	9.4	9.5	9.4	9.0	8.5	8.2	7.9	8.3	8.1	7.8	7.6
20. Spanien	16.1	22.4	23.1	22.7	22.5	22.2	21.9	21.3	20.2	19.3	18.7	19.5	19.4	19.2	19.2
21. USA	6.7	8.8	8.9	8.7	8.7	8.5	8.4	8.2	7.5	7.2	7.0	7.6	7.2	7.0	7.0
Ungew. Durchschnitt über 21 OECD Länder	12.7	16.2	16.8	16.8	16.7	16.5	16.1	15.6	14.5	13.9	13.3	13.8	13.6	13.4	13.3